



Die Bundestagskandidaten des Wahlkreises Ludwigsburg zusammen mit Vertretern der Kreishandwerkerschaft.

Foto: Kuhnle

# Klagen und Skepsis

## Die Bundestagskandidaten bei der Handwerkerschaft in Ludwigsburg

Die Bundestagskandidaten der fünf großen Parteien hatte die Kreishandwerkerschaft Ludwigsburg zu einer Podiumsdiskussion geladen. Die mussten sich viele Klagen über Versäumnisse der Politik anhören, bemühten sich um Erklärungen und stießen dennoch weitgehend auf Skepsis.

**LUDWIGSBURG** (afi). Der Raumausstatter aus Mundelsheim hatte sichtbar einen „dicken Hals“. Mit der Änderung der Handwerksordnung habe der Bundestag das „weltbeste Ausbildungssystem“ zur Disposition gestellt und damit „das Handwerk mit Füßen getreten“. Und er kannte genau die Zahlen: 594 von 597 Abgeordneten hätten für die Änderung gestimmt. Als er deshalb den Wahlkreisabgeordneten zum Gespräch lud, habe der sich drei Jahre lang nicht blicken lassen: „Und heute heißt es wieder: Wir unterstützen das Handwerk.“

So wir er dachten wohl die meisten der rund 30 Handwerksmeister, die am Montagnachmittag zum „Runden Tisch“ ins Haus des Handwerks nach Ludwigsburg gekommen waren. Denn es hagelte Klagen über Klagen. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 19 Prozent durch die Große Koalition unmittelbar nach der letzten Wahl noch gut Erinnerung, verwiesen die gestandenen Meister auf die Ungerechtigkeiten des Steuersystems. Dass dadurch viele Selbständige dadurch zu Hartz-IV-Empfängern wurden, während gleichzeitig

die Arbeitsagenturen ihre Klientel zu günstigeren Bedingungen in die Selbständigkeit lockt, halten sie für einen Skandal. „So fördert man die Schwarzarbeit“, sagt einer.

Und dann der Ärger mit der Erbschaftsteuer, der oft die Nachfolgeregelung von durchaus gesunden Betrieben gefährde. Oder die überbordende Bürokratie, die die Betriebe lähme. Dr. Hartmut Richter, seines Zeichens Hauptgeschäftsführer des Handwerks tags Baden-Württemberg (BWHT), verwies in diesem Zusammenhang auf die zunehmende Zahl von Zertifizierungen, mit denen sich Handwerker herumschlagen müssen.

Ganz abgesehen von der Ungleichbehandlung der Berufsgenossenschaften gegenüber den normalen Krankenkassen. Ein Stuckateur-Obermeister fasst schlicht zusammen: „Nur wenn's um die Schaffung von Lehrstellen geht, dann schreit man nach dem Handwerk. Ich habe kein Vertrauen mehr in die Politik.“

Die sechs Kandidaten hatten an diesem Tag keinen guten Stand, konnten jedoch allesamt ihre Hände in Unschuld waschen, weil keiner von ihnen bisher im Bundestag saß. Brav hatten sie alle zu Beginn ihr Sprüchlein aufgesagt und beteuert, wie sehr ihnen das Handwerk am Herzen liegt. Steffen Bilger (CDU) musste aber einräumen, dass nicht immer alles optimal gelaufen sei in Berlin.

Und weil er unter den sechs Kandidaten beste Chancen hat, das Direktmandat für den Wahlkreis Ludwigsburg zu gewinnen, ließ er auch gleich wissen, dass er sich künftig nicht nur öfter bei den Handwerkern sehen lassen werde, sondern deren

Anregungen in Berlin „mit Sicherheit“ einbringen werde. Worauf ihn Walter Kubach (Die Linke) beinahe besorgt fragte, ob er denn gleich zu Beginn seine Karriere gefährden wolle mit soviel Einsicht und Verständnis.

Auf alle Fälle, lautete eines der wenigen wirklichen Versprechen von Bilger, werde einiges leichter, wenn künftig die CDU/CSU mit der FDP koaliere. Wobei er sich wohlwollend zum liberalen Kandidaten Alexander Schopf aus Gerlingen hinüber beugte, der zwar keine so guten Chancen hat wie der Christdemokrat, ihm jedoch eifrig beipflichtete. Zumindest werde es mit der FDP keine weitere Erhöhung der Mehrwertsteuer geben, versicherte er, denn damit würde schließlich die Binnenkonjunktur abgewürgt und damit massiv dem Mittelstand geschadet.

Hans-Jürgen Kemmerle (Die Linke) befürchtete jedoch deren Anhebung auf 25 Prozent und auch Ingrid Hönlinger (Die Grünen) wusste: „Da gibt es aber ganz unterschiedliche Ansichten bei der CDU/CSU.“

Das Positive der Veranstaltung: Die Vertreter der politischen Parteien verzichteten sichtlich darauf, unerfüllbare Verprechungen zu machen. Jan Mönikes (SPD) sah zwar ein, dass in Deutschland mehr Steuergerechtigkeit dringend nötig ist, bekannte jedoch in schöner Offenheit: „Realistisch geht aber in der kommenden Legislaturperiode wegen der leeren Kassen da niemand ran.“ Sein Kontrahent Bilger assistierte: „Zuerst muss die Finanzkrise überwunden und dann muss die Haushaltskonsolidierung in Angriff genommen werden.“